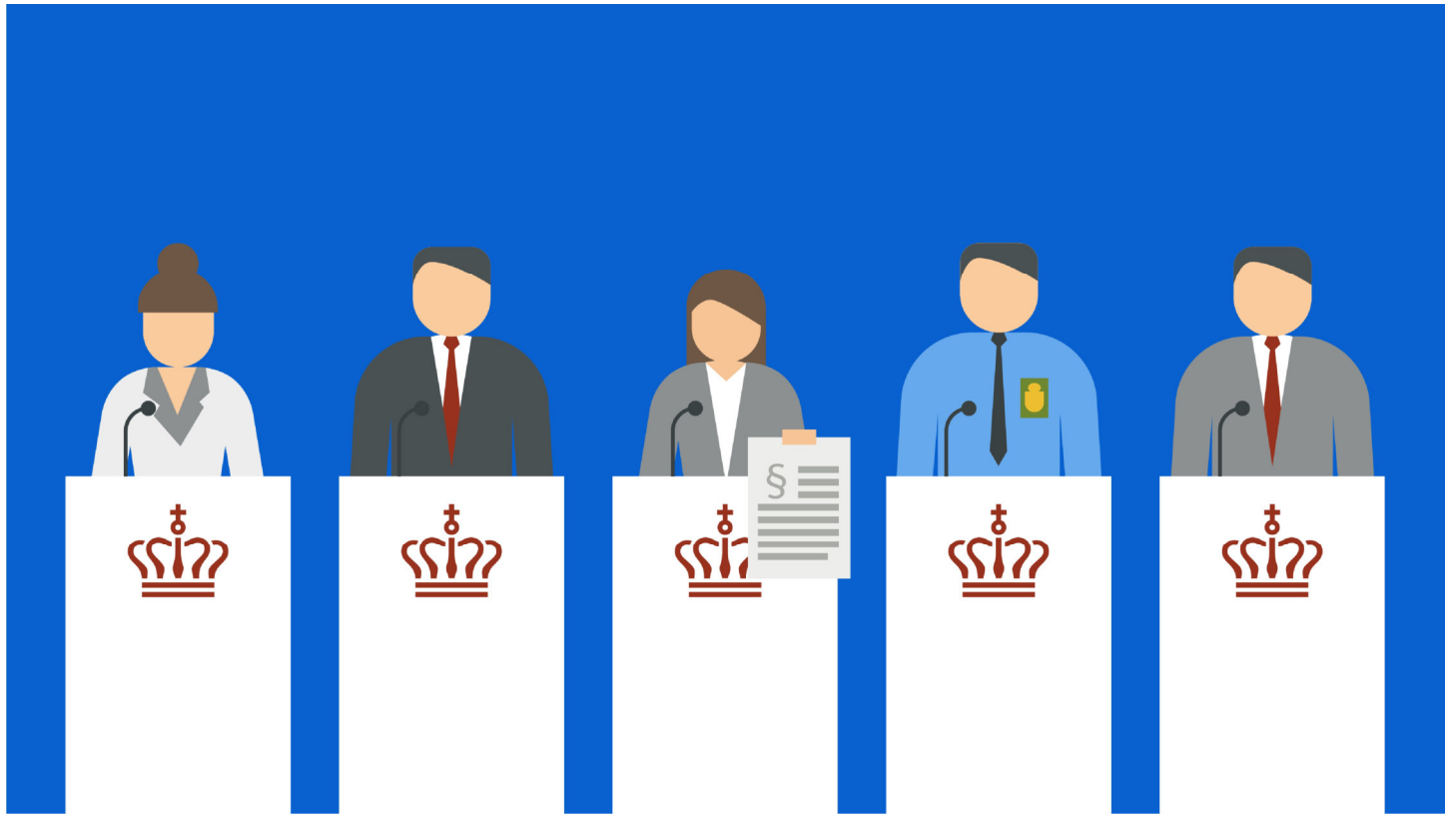


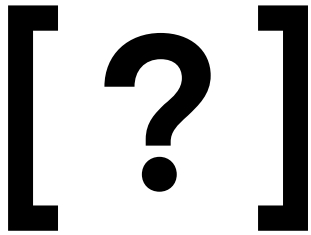
# 6 Gründe, warum das Seuchengesetz hart wird: Führt verstärkten Zwang und Überwachung ein und macht die Regierung zu mächtig

Organisationen glauben, dass der Entwurf der Regierung für ein neues Epidemiegesetz zu weit geht und undemokratisch ist.

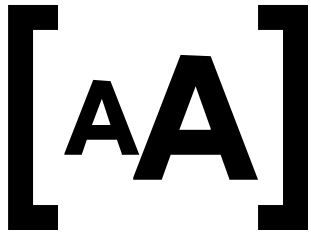


Von [Kåre Kildall Rysgaard](#) und [Thomas Klose Jensen](#)

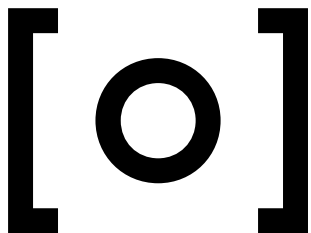
13. November um 13:51



Erklären Sie Wörter



Größerer Text



Nachlesen

Wenn die Regierung allein die Macht hat, zu entscheiden, dass Nordjütland geschlossen, Versammlungen verboten werden müssen und Sie in Supermärkten einen Verband tragen müssen, liegt dies an der dringenden Gesetzgebung ab diesem Frühjahr.

Hier gab das Folketing der Regierung mehr Macht, um die Koronainfektion zu bekämpfen, aber bis März läuft der Zugang zu den Werkzeugen aus.

Die Regierung hat daher ein neues Epidemiegesetz vorgeschlagen, das in Notfällen angewendet wird, wenn Dänemark von einer gefährlichen Krankheit betroffen ist, die die gesamte Gesellschaft bedroht.

Wenn das Gesetz verabschiedet wird, müssen Personen, die mit einer gefährlichen Krankheit infiziert sind - oder nur Personen, von denen angenommen wird, dass sie infiziert sind - möglicherweise untersucht, ins Krankenhaus eingeliefert, behandelt und isoliert werden .

Die Regierung wird auch in Zukunft Versammlungsverbote verabschieden, Busse und Züge verbieten und vieles mehr.

Die Gesetzesvorlage wird jetzt von sieben Organisationen kritisiert - siehe hier:

1

**Das Gesetz ist undemokratisch**





Wenn alle dänischen Nerze getötet werden, ist dies auf ein Vorsorgeprinzip zurückzuführen. Die Regierung will verhindern, dass das mutierte Nerzvirus einen bevorstehenden Impfstoff zerstört .  
Im neuen Epidemiegesetz wird die Regierung auch in der Lage sein, weitreichende Entscheidungen zu treffen, um vorsichtig zu sein. Es muss nicht einmal wissenschaftliche Beweise für die Entscheidung geben. Das

Ministerium für Menschenrechte ist besorgt darüber, wie große Entscheidungen die Regierung treffen kann, ohne auf sicherem Boden zu sein.

- Je größer ein Eingriff in die Rechte der Bürger, desto größer ist die Sicherheit, da für die sein sollte Wirkung , sagt Louise Holck, Direktor der Abteilung.

Das Ministerium für Menschenrechte kritisiert auch die Tatsache, dass das Folketing die Regierung nicht aufhalten kann, wenn es zu weit geht. Gleichzeitig ist die Organisation besorgt darüber, dass das Gesetz Zwang in einer Vielzahl von Bereichen zulässt. Unter anderem kann Bewohnern von Wohnangeboten der Besuch ihrer eigenen Häuser untersagt werden, auch wenn ihre Gesundheit nicht gefährdet ist.

3

## **Die Geschäftswelt hat keine Ahnung, ob sie eine Entschädigung erhalten wird**



Mit dem Gesetz wird die Regierung in der Lage sein, Teile der Gesellschaft zu schließen, wie es in Nordjütland und mit Restaurants und Bars geschehen ist.

Dansk Industri kritisiert, dass Unternehmen und Bürger, wenn das Gesetz finanzielle Auswirkungen hat, nur in sehr seltenen Fällen Anspruch auf Entschädigung für finanzielle Verluste haben.

Es ist ein Problem für die Rechtsstaatlichkeit, dass Bürger und Unternehmen versehentlich an einer riesigen Rechnung festhalten können. Das Epidemiegesetz sollte daher laut Dansk Industri auch eine Position zur Entschädigung einnehmen.

4

**Ärzte sind besorgt über Zwang**





Mit dem neuen Gesetz , diejenigen können infiziert mit gefährlichen Krankheiten werden bestellt werden untersucht, im Krankenhaus behandelt und isoliert. In einigen Fällen kann körperliche Zurückhaltung angewendet werden, wenn sie Widerstand leisten. Gleichzeitig muss die Bevölkerung möglicherweise geimpft werden .

Die dänische Ärztekammer und der Berufsverband der Allgemeinmediziner sind der Ansicht, dass das Gesetz für den einzelnen Patienten grenzüberschreitend ist und zu weit geht.

Ärzte befürchten, dass sie gezwungen sein könnten, Gewalt anzuwenden. Vor allem, wenn nur ein Minister sie dazu auffordert - ohne dass die Regierung eine Mehrheit im Parlament hat. Es kann das Vertrauen in die Gesundheitsversorgung schwächen .

Ärzte und andere im Gesundheitswesen müssen daher die Möglichkeit haben, Nein zu einer Untersuchung und Behandlung mit Gewalt zu sagen, wenn sie nicht dafür bürgen können, glaubt die Ärztekammer.

Der Absatz , der es ermöglicht, die Impfung der Bevölkerung zu fordern, sollte vollständig gestrichen werden, sagt Anders Beich, Vorsitzender der Dänischen Gesellschaft für Allgemeinmedizin.

- Wir können den Grund für die gewaltsame Impfung der Bevölkerung nicht erkennen . Es kann Impfstoffgegnern einen angemessenen Rückenwind geben, wenn solche Instrumente in einer Schublade liegen, sagt er.

5

## **Der Abteilungsverband will einen Abschlussnachweis**





Während der Corona mussten die Superliga-Vereine zeitweise maximal 500 Zuschauer für die Spiele haben. Dies hat große finanzielle Verluste für die Vereine bedeutet, und die Divisional Association ist der Ansicht, dass die Menschen ihre Arbeit aufgrund unnötiger und ungerechtfertigter Forderungen und Einschränkungen verloren haben .

Der Abteilungsverband kritisiert, dass das Versammlungsverbot rechtmäßig war und nicht berücksichtigt wurde, dass es einen großen Unterschied zwischen der Versammlung von außen und innen gibt, wenn es um das Risiko einer Infektion mit covid-19 geht.

Daher will der Verein in einem neuen Epidemiegesetz Beweisanforderungen. Wenn eine Intervention stattfinden soll, sollte sie in Zukunft nur stattfinden, wenn Gewissheit über die Wirkung besteht . Es sollte die am wenigsten schonende Einschränkung sein, wenn sie ausreicht.

Fußballvereinen und Unternehmen muss nach Angaben des Divisionsverbandes auch eine Entschädigung garantiert werden, wenn das Epidemiegesetz sie betrifft .

6

## Überwachungsrisiko







Magnus Heunicke zur Pressekonferenz über covid-19. (Foto: Ida Guldbæk Arentsen / Ritzau Scanpix) (Foto: Ida Guldbæk Arentsen © Scanpix)

DR hätte Gesundheitsminister Magnus Heunicke (S) gerne gebeten, auf die Kritik zu antworten, aber er wollte sich nicht für ein Interview einsetzen.

Stattdessen hat er eine schriftliche Antwort gesendet. Hier macht er deutlich, dass der Gesetzesentwurf, den die Regierung zur Konsultation vorgelegt hat, nur ein Entwurf ist.

- Daher handelt es sich derzeit nicht um eine Einigung, eine Abstimmungsvereinbarung, einen Regierungsvorschlag oder dergleichen, weshalb es nicht sinnvoll ist, den Entwurf oder die einzelnen Konsultationsantworten zu kommentieren, heißt es in der Antwort.

Der Minister sagt, die Regierung werde auf die Konsultationsantworten der vielen Organisationen hören.

- Unser Ziel ist es, weiterhin ein neues, nachhaltiges Epidemiegesetz auszuarbeiten, das von Regierungswechseln angewendet werden kann, schreibt der Minister und sagt:

- Wenn wir uns einem endgültigen Vorschlag für ein Epidemiegesetz nähern, stehe ich natürlich für kritische Interviews ein.